

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellenrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellenrgd.ch)

Zürich, 3. Oktober 2024

**Dossier Nr. 10303, «Tagesschau» vom 1. September 2024 –  
«Hochrechnung Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen»**

Sehr geehrter Herr X

Mit Mail vom 1. September 2024 beanstanden Sie obigen Beitrag wie folgt:

*«Die SRF Deutschland Korrespondentin Alexandra Gubser spricht davon, dass "keine der demokratischen Parteien mit der AfD zu tun haben" wollen. Mit dieser impliziten Wertung bezeichnet Frau Gubser die AfD als undemokratisch. Dies widerspricht dem Sachlichkeitsgebot.*

*Der Sammelbegriff "demokratische Parteien" mag in Deutschlands Politiklandschaft zwar üblich sein um SPD, CDU, Grüne und FDP zu bezeichnen, jedoch ist das kein unbedingtes Anzeichen für den Wahrheitsgehalt der Aussage. Insbesondere, da die Schweiz und Deutschland historisch gewachsen ein grundsätzlich unterschiedliches Verständnis von Demokratie ausgebildet haben, birgt diese Aussage nicht nur eine unangenehme Wertung, sondern ist für den (pol.) Deutschland Laien auch irreführend. Eine eigene Meinungsbildung ist dem Publikum (zumindest auf Grundlage des Beitrags) nicht mehr möglich.»*

**Die Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Die kritisierte Aussage in der **Hauptausgabe der Tagesschau vom 1. September 2024** bezog sich auf Thüringen und Sachsen. Sie lautete wörtlich:

Moderatorin:

*"Die demokratischen Parteien haben schon vor der Wahl klar gemacht, dass sie keinesfalls mit der AfD zusammenarbeiten wollen. (...)"*. TC 5:35

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-01-09-2024-hauptausgabe?urn=urn:srf:video:f1938c8b-2e02-470f-b8c5-ca8e923e54d2>

In der **Spätausgabe der Tagesschau vom 1. September 2024** hiess es zur Situation in Thüringen und Sachsen:

Alexandra Gubser, Korrespondentin SRF, Berlin:

*"Keine der demokratischen Parteien will etwas mit der AfD zu tun haben. (...)"*

(TC 3:50)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/tagesschau-vom-01-09-2024-spaetausgabe?urn=urn:srf:video:6c13279d-8727-4dbe-bc45-a6507b712e45>

Im **online-Bericht "Sachsen und Thüringen stehen vor einer historischen Wahl" vom 31. August 2024**, 8:28 Uhr hiess es zudem:

Simone Fatzer, Deutschland-Korrespondentin:

"In beiden Ländern [Thüringen und Sachsen] deuten die Umfragen auf grosse Wahlerfolge der AfD hin, womöglich sogar auf Wahlsiege – obwohl beide Landesverbände laut Verfassungsschutz «gesichert rechtsextrem» sind. Die etablierten Parteien sind sehr unbeliebt. Es geht bei den Wahlen also auch darum, wie viel Macht die rassistische, völkische und antidemokratische AfD erhält, und ob die anderen Parteien dem etwas entgegensetzen können."

<https://www.srf.ch/news/international/ostdeutschland-waehlt-sachsen-und-thueringen-stehen-vor-einer-historischen-wahl>

Gerne nehme wir Stellung zum Vorwurf, die Darstellung der AfD in Thüringen und Sachsen als nicht demokratische resp. antidemokratische Partei sei nicht sachgerecht.

Der Bezeichnung «demokratisch» hat eine inhaltliche und eine formale Komponente: Während sich der Begriff «demokratisch» im formalen Sinne ausschliesslich auf die Verfahren einer Demokratie bezieht, bezieht sich der Begriff im inhaltlichen Sinne auf die Ziele und Werte in einer Demokratie. So bedeutet der Begriff «demokratisch» gemäss dem Duden:

1. sich auf die Demokratie beziehend, die **Ziele der Demokratie** verfolgend  
Beispiel: eine demokratische Verfassung, Partei
2. nach den Prinzipien der Demokratie aufgebaut, **verfahrend** (...)  
Beispiel: eine demokratische Entscheidung (Mehrheitsentscheidung) (...)

<https://www.duden.de/rechtschreibung/demokratisch>

Bei unserem Publikum dürfte bei der Bezeichnung einer Partei als «demokratisch» resp. «antidemokratisch» die inhaltliche Komponente im Vordergrund stehen: So würden wohl die meisten Zuschauerinnen und Zuschauer eine Partei, deren Programm ausschliesslich darin besteht, die Demokratie abzuschaffen, als «antidemokratisch» oder «nicht demokratisch» bezeichnen – selbst wenn diese Partei in einem demokratischen Prozess gewählt worden ist. Umgekehrt käme es niemandem in den Sinn, eine neue gebildete Partei, die noch an keiner Wahl teilgenommen hat (und deshalb formal noch nicht demokratisch gestützt ist), unabhängig von ihrem Parteiprogramm als «antidemokratisch» oder «nicht demokratisch» zu bezeichnen.

Diese fiktiven Beispiele zeigen, dass bei der Bezeichnung «demokratisch» resp. «antidemokratisch» im allgemeinen Sprachverständnis die inhaltliche Komponente, bei der es um die Ziele und Werte einer Partei geht, im Vordergrund steht.

Es stellt sich nun konkret die Frage, ob die AfD in Thüringen und Sachsen im Hinblick auf ihre Ziele und Werte als «nicht demokratisch» resp. «antidemokratisch» bezeichnet werden darf.

Fakt ist, dass die beiden Landesverbände der AfD in Thüringen und Sachsen vom Verfassungsschutz als «gesichert rechtsextrem» eingestuft werden. Das heisst, es bestehen aus Sicht der Behörden keine Zweifel mehr am Vorliegen extremistischer Bestrebungen. In Bezug auf Thüringen hat der Verfassungsschutz die Einstufung unter anderem an Verstössen gegen die Menschenwürde und an Verstössen gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip festgemacht. Der MDR (die Landesrundfunkanstalt von Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) hält dazu fest:

Bei den Verstössen gegen die Menschenwürde geht es um islam- und ausländerfeindliche sowie um antisemitische und völkische Positionen der Thüringer AfD. Bei den Verstössen gegen das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip handelt es sich im Kern um die Behauptung, die Bundesrepublik sei kein souveräner, sondern ein von irgendwelchen Mächten fremdbestimmter Staat, sowie um Versuche des AfD-Landesverbands, die Gesetzmäßigkeit staatlicher Institutionen anzuzweifeln. Dazu kommen geschichtsrevisionistische Positionen sowie Verbindungen von AfD-Funktionären mit anderen rechtsextremen Parteien, Organisationen und Personen.<sup>1</sup>

Der Thüringer Landesverband vertritt also verfassungsfeindliche Positionen, die - gemäss dem Thüringer Obergericht - «mit dem Demokratieprinzip nicht mehr vereinbar» sind<sup>2</sup>. Die Partei in Thüringen wird zudem von einem Rechtsextremen angeführt: Der Thüringer Landeschef Björn Höcke darf laut Gerichtsbeschluss als Faschist und Nazi bezeichnet werden (Verwaltungsgericht Meiningen). Höcke bedient sich bewusst immer wieder einer Nazi-Rhetorik, wofür er auch verurteilt wurde (Landgericht Halle). Seine

---

<sup>1</sup> [Thüringer AfD: Warum stuft der Verfassungsschutz den Landesverband als rechtsextrem ein? | MDR.DE](#)

<sup>2</sup> <https://innen.thueringen.de/wir/presse/presseinformationen/08-2024>

wiederholte Äusserung, dass Deutschland «fremdbestimmt»<sup>3</sup> sei, impliziert eine tiefgreifende Misstrauensbekundung gegenüber der Bundesregierung und den demokratischen Institutionen des Landes und zielt darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung in die Souveränität und Integrität des deutschen Staates zu untergraben.<sup>4</sup>

Dass dabei die Sorge der etablierten Parteien um die Souveränität von staatlichen Institutionen real ist, zeigt sich zum Beispiel in den aktuellen Bestrebungen, die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts besser zu schützen.<sup>5</sup>

Aus journalistischer Sicht ist es deshalb wichtig, dem Publikum immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass diese Landesverbände der AfD eben nicht die «normale» Partei sind, als die sie sich darstellen. Im Unterschied zur AfD respektieren die in unserer Berichterstattung als «demokratische Parteien» bezeichneten, etablierten Parteien die Verfassung und stellen sich nicht gegen demokratische Institutionen. Sie achten die Menschenrechte, Minderheiten und die Gewaltenteilung.<sup>6</sup> Anders die AfD in Thüringen und Sachsen: Ihre Ziele und Werte basieren eben gerade nicht auf dem Grundgesetz, sondern richten sich gegen dieses. Mit anderen Worten: Die AfD in Thüringen und Sachsen ist zwar demokratisch gewählt, im Hinblick auf ihre Ziele und Werte ist sie deshalb aber noch lange keine demokratische Partei.

Wir sind deshalb der Ansicht, dass die Bezeichnung der AfD als «nicht demokratisch» resp. «antidemokratisch» zulässig ist und das Programmrecht nicht verletzt.

Abschliessend ist anzumerken: Es ist uns bewusst, dass die Berichterstattung über die AfD stark polarisiert. Deshalb evaluieren wir regelmässig, wie die AfD umschrieben werden soll. Auch die von den Beanstandern angebrachte Kritik verhallt bei uns nicht ungehört. Wir können nachvollziehen, dass die Bezeichnung «nicht demokratisch» für eine offensichtlich demokratisch gewählte Partei in dieser Verkürzung für einige Zuschauer irritierend wirken kann. Gleichzeitig ist es journalistisch wichtig, auf die verfassungsfeindlichen Positionen der AfD immer wieder hinzuweisen. Wie beiden Aspekten Rechnung getragen werden kann, werden wir in unserem publizistischen Gremium weiterhin diskutieren.

**Die Ombudsstelle** hält abschliessend fest:

Gemäss Verfassungsschutz ist die AfD in Thüringen und Sachsen «gesichert rechtsextrem». Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und wollen ein

---

<sup>3</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-hoecke-verbreitet-seine-version-des-ukrainekriegs-18705422.html>

<sup>4</sup> Vgl. dazu hier: <https://extremismusmonitor-thueringen.de/staatsablehnung>

<sup>5</sup> <https://www.nzz.ch/international/schutz-des-bundesverfassungsgerichts-vor-der-afd-verfassungsaenderung-geplant-ld.1840736>

<sup>6</sup> In einem lesenswerten Gastkommentar in der NZZ (21.3.2024), diskutiert Wolfgang Merkel, ehemaliger Professor für politische Wissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin, wie «demokratische Parteien» mit der AfD umzugehen hätten: <https://www.nzz.ch/meinung/afd-verbot-intoleranz-rettet-nie-die-demokratie-ld.1822625>

autoritäres oder gar totalitäres staatliches System errichten, in dem nationalistisches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden soll.

Dementsprechend wird in Deutschland regelmässig von der AfD als nicht demokratische Partei gesprochen. Im Umkehrschluss werden die Parteien, welche die demokratischen Grundwerte respektieren, als demokratische Parteien bezeichnet. Aus der gesamten Berichterstattung geht zweifellos hervor, dass die AfD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, während die etablierten Parteien dies nicht tun und deshalb als demokratische Parteien bezeichnet werden.

Handkehrum ist nachvollziehbar, dass in der Schweiz im Zusammenhang mit dem Begriff «demokratische Partei» auf den ersten Blick etwas anderes verstanden werden kann als in Deutschland, nämlich eine demokratisch *gewählte* Partei. Das hat in erster Linie wohl damit zu tun, dass es in der Schweiz keine grössere Partei gibt, die sich verfassungsfeindlich verhält bzw. antidemokratische Ziele verfolgt.

Die Schweizer «Tagesschau»-Moderatorin spricht in ihrer ersten Anmoderation von den «etablierten» Parteien. Danach folgt die ausführliche Wahlberichterstattung über die Wahlen in Thüringen und Sachsen, aus der hervorgeht, warum die AfD die demokratischen Grundsätze nicht durchwegs verfolgt. Danach folgt die zweite Anmoderation durch die Schweizer Moderatorin: «*Die demokratischen Parteien haben schon vor der Wahl klar gemacht, dass sie keinesfalls mit der AfD zusammenarbeiten wollen. (...)*». Tatsächlich mag das Schweizer Publikum in der Schweiz bei der Begriffswahl «demokratische Partei» eine demokratisch gewählte Partei verstehen und ist die Bezeichnung deshalb unglücklich gewählt.

**Ein Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes liegt aber nicht vor**, da aus dem Kontext der gesamten Berichterstattung hervorgeht, dass mit der Bezeichnung «demokratische Partei» der Inhalt der Partei – nämlich die antidemokratischen Ziele der deutschen AfD– gemeint sind.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz